



von 28 000 Mark für die Tonne Roggen zurunde, doch an den abliefernden und umlagepflichtigen Landwirten zu zahlen war. Der geringe Unterschied zwischen dem Anlag- und dem Abgabepreis reichte nicht aus, um die bei der Ernte des Umlagegetreides entstehenden Kosten, die gesteigerten Kraftkosten, die erhöhte Umlagesteuer usw. zu decken. Dazu kommt aber noch weit einschneidender der Umstand, daß für die Marktbrotversorgung benötigte Getreide nur etwa zur Hälfte aus dem von den Landwirten des Inlandes abgelieferten Vorrat getreide besteht, zur anderen Hälfte aus dem Auslande beschafft werden muß. Die ungeheuren Steigerungen der Preise des Auslandgetreides infolge des Sturzes unserer Valuta sind der hauptsächlichste Grund der gegenwärtig notwendigen Erhöhungen. Der Preis des Auslandgetreides betrug für die Tonne Roggen im September 1921 5432 Mark, bei Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres im August 1922 42307 Mark, im Oktober schon 122 383 Mark. Aus diesen Zahlen ergibt sich ohne weiteres, daß im Falle der Beibehaltung der jetzigen Abgabepreise der Reichsgetreidepreise die Verluste des Reiches am Ende des Wirtschaftsjahres Hunderte von Milliarden Mark betragen müßten. Auch bei der gegenwärtigen Verbilligung bestehen noch erhebliche Risiken, falls sich nicht die Valuta wesentlich bessert. Unter diesen Umständen war die Erhöhung so schwer für die Bevölkerung trifft und so notwendig für sie erproben worden ist, eine unabweisbare Notwendigkeit. Man muß sich gegenwärtig halten, daß noch immer in der Durchführung des Umlage- und Marktbrotverfahrens ein Vorteil für weite Kreise liegt, der nicht außer acht gelassen werden darf.

Zu Gunsten der parafreien Verhältnisse. Das Gesamtministerium hat folgende Verordnung erlassen: Der jetzige Mangel an Rohstoffen hat deutlich gezeigt, wie notwendig es ist, die baren Geldzahlungen auf das allergeringste Maß zu beschränken und den unvermeidbaren Bargeldumsatz nicht auf bestimmte Tage, namentlich die Monatsersten, zusammenzudrängen. Gerade die Beamten des Staates sind dazu berufen, sich dieser Notwendigkeit vor anderen zu fügen. Sie können dies dadurch, daß sie ihre Dienstbezüge in weit größerem Umfange als es bisher gebräuchlich ist, in bar erheben, sondern auf ein Konto überweisen lassen und den bargeldlosen Weg auch bei eigenen Zahlungen überall beschreiten, wo es möglich ist. Selbst wenn sie sich trotzdem noch den größten Teil ihres Gehalts bei der Kasse ihrer Dienststelle gegen Wechsel bar auszahlen lassen (vgl. die Verordnung des Gesamtministeriums vom 5. Januar 1922), so bleibt dadurch, daß dies nicht in einer Summe und möglichst nicht am Monatsersten geschieht, der Bargeldumsatz wesentlich eingeschränkt. Die Vorstände der staatlichen Behörden und Dienststellen werden angewiesen, die Beamten, die ihre Besoldungen noch in bar erheben, auf diese Verordnung ausdrücklich hinzuweisen, sie unter Zugiehung der Beamtenausschüsse auf die volkswirtschaftlichen und persönlichen Vorteile des Umlageverfahrens aufmerksam zu machen und die an dem einzelnen Orte und für den einzelnen Beamten vorteilhafteste Umlageverteilung mit ihnen zu erörtern.

Förderung der Bestrebungen des Heimatschutzvereins. Der Heimatschutzverein, Sitz Dresden (Vorsitzender: Lehrer Paul Schubert, Dresden 23, Reichsberger Straße 31), der Einrichtungen zum Schutze einer Heimatschutz, Auswirkung von Vorlesungen bei Besichtigung von Dürst und Förderung der Heimatschutzbewegung, hat zur Unterstützung seiner Bestrebungen die Hilfe der Schulen erbeten. Das Ministerium des Innern und öffentlichen Unterrichts bemerkt dazu im neuesten Verordnungsblatt: „Die Bestrebungen des Vereins sind sehr zu begrüßen, da durch sie die Jugend, insbesondere die selbstverdienende, zur Erziehung einer höheren Heimatschutz im Hinblick auf die anstehende Zeiterung angehalten wird. Das Ministerium empfiehlt daher allen Schulen die Förderung der Ziele des Vereins und gibt anheim, wegen näherer Vereinbarung mit dem Verein selbst in Verbindung zu treten.“

Kommunikation. In einer auf Wunsch aus Verbraucherfreien vom Stadtrate einberufenen Sitzung hatten sich im Sitzungssaale des Rathauses am Dienstag die Volkereisbesitzer und Butterhändler der Stadt, sowie eine Abordnung der Glasfabrik vor dem Stadtrate versammelt, um über die zur Behebung der Butternot erforderlichen Maßnahmen zu verhandeln. Nach einer allgemeinen Aussprache einigte man sich dahin, daß, solange der gegenwärtige, nach allerseitiger Ansicht hauptsächlich auf der Preisbildung beruhende Mangel an Butter in der Stadt besteht, die hiesigen Volkereisbesitzer und die Butterhändler ihre gesamte von ihnen verfügbare oder zum Handel angekaufte Butter zum Verkauf an die Bevölkerung der Stadt zur Verfügung halten werden. Die Belegschaft der Glasfabrik schließt mit der Volkerei von Biedler in Jena einen Lieferungsvertrag ab, welcher somit aus der Butterversorgung durch die übrigen Geschäfte der Stadt aus. Es ist selbstverständlich, daß eine nur annähernd ausreichende Versorgung der Ver-

völkerung der Stadt nur dann erhalten werden kann, wenn die einzelnen Haushaltungen im Butterhause (soweit sie das heißt, nicht zum Nachteile ihrer Wirtinnen in diesem Sinne an die Hausfrauen eine gewisse Wohnung und verbindet damit eine Bitte an die Landwirte, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Rinde und Ordnung und demnach im eigenen Interesse trotz der gegenwärtig für sie nicht günstigen Preisbildung ein Nachlassen der Milch- und Butterlieferung nicht eintreten zu lassen, damit der Teil der Bevölkerung, der nicht Selbstversorger ist, die zur Erhaltung der Volkernahrung und damit der Volksgesundheit unbedingt notwendigen Nahrungsmittel, Butter und Milch, nicht entbehren muß. („Kommunikation, Nr. 1“)

Rohwein. Auf schärfste Anordnung wurde Dienstag eine Elementarklasse der Stadt auf 8 Tage wegen Grippe- und Masernerkrankungen geschlossen.

Dresden. Der Kolonialwarenhandels Friedrich Hoffmann hatte für Malakka, indem er die aufgedruckten Preisaktien entfernte, einen um sechs Mark höheren Preis gefordert, als er zu fordern berechtigt war. Er sollte 800 M. Strafe bezahlen, beantragte aber gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht erkannte auf Einleitung des Verfahrens. Die Staatsanwaltschaft aber trat Verurteilung ein und nun wurde Hoffmann zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt. — Der Stadthausbesitzer der Reußstädter Marktstraße Heinrich Walter Reibig hatte unter die Marmorplatte seiner Wäge ein 25 g schweres Stück Blei gelegt und betrog nun jeden Käufer von Margarine u. um diese Gewichtsmenge. Reibig wurde zu einer Woche Gefängnis, 10 000 M. Geldstrafe und Einziehung der Wäge verurteilt.

Seidenamt. 15 Schulknaben und Jungen im Alter von 12 bis 18 Jahren, denen 30 Diebstähle zur Last fallen, wurden von der Polizei festgenommen. Ihre in Metall, Kleibern, Kleintieren u. dergleichen Diebstahl hatten sie an Altwarenhandeln und Privatpersonen billig veräußert.

Wagen. Die Stadtorordneten bewilligten 10,8 Mill. Mark, von denen 8 Mill. Mark durch erhöhten Gaspreis innerhalb 8 Monaten zu erheben sind, für Neubauten im Gaswerk und für die Einführung von Vorlaufabzügen auf die Gasrechnungen u.

Elstra. Das Opfer der viel aerühten Unfälle, aus dem noch fahrenden Ruge abzuspringen, ist der 24 Jahre alte Paul Winkler geworden. Seine gräßlich verstümmelte Leiche wurde erst gefunden, nachdem der Zug bereits die Station wieder verlassen hatte.

Mittweida. Drei Technikum-Studierende aus Dänemark, Norwegen und Schweden haben der Stadtgemeinde Mittweida 110 000 Mark als Weihnachtsgabe mit der Bestimmung überreicht, daß der Betrag an Bedürftige verteilt werden möchte, denen keine anderweitigen Einnahmen zur Verfügung stehen.

Durastadt. Am hiesigen Bahnhof wurden zwei Schulknaben und ein Fortbildungsschüler derart betrunken aufgefunden, daß sie nach der Vollzeitswache gefahren werden mußten. Die Burschen hatten an dem Keller einer hiesigen Gastwirtschaft Spirituosen entwendet und getrunken.

Wieskau. Ein hiesiger Bankdirektor hatte seinem Danke für einen Wohnungsnachweis dadurch Ausdruck gegeben, daß er einem Beamten des Wohnungsamtes schrieb, er habe für ihn ein Bankkonto von 1000 Mark angelegt. Der Beamte erblickte darin eine Beleidigung und erstattete Anzeige. Der Rat stellte als Dienstbehörde Strafantrag, und der Bankdirektor wurde zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wieskau. In Lugau wurde in der Nacht zum Sonntag ein schwerer Einbruch verübt. Den Dieben fielen Mantel, Schuhe und Wäsche im Werte von 1 1/2 Millionen Mark in die Hände. Die Spuhuben wurden in Waffenheim auf dem Bahnhof verhaftet. Jeweils drei der gestohlenen Sachen konnten ihnen wieder abgenommen werden.

Ebersbach. Der Gemeinderat beschloß die Einführung der kostenlosen Totenbestattung ab 1. Dezember ds. Js. Aber ein besseres Begräbnis wünscht, hat die Werkstätten selbst zu tragen, er kann auch auf die Gemeindegelder ganz verzichten.

Wauern i. B. In Tiergarten ist eine dem Eigentümer verlorene gehörige große Schweine, die mit Erzeugnissen gefüllt war, infolge Brandstiftung vollständig niedergebrannt.

Simma. Töblich verunglückt ist am Montag vormittag der bei den Bauarbeiten in der Wolzener Papierfabrik beschäftigte Zimmermann Franz Herrmann aus Burgberg dadurch, daß er beim Aufstellen des Dachstuhles aus einer Höhe von etwa 10 Metern auf die Erde herabfiel. Er war sofort tot.

Sellerhausen. Im hiesigen Gaswerk mußte am Dienstag in den Nachmittagsstunden die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch genommen werden, um die Gefahr einer plötzlich aufgetretenen Gasausströmung zu beseitigen. Mehrere Angestellte des Gaswerks sind vorübergehend durch das austretende Gas bedaubt worden, befinden sich jedoch außer Lebensgefahr und haben ohne Ausnahme am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufgenommen.

### In der Opiumhöhle.

Stimme von Hans Gebhardt.  
Ich war soeben vom Palatium heruntergestiegen. In der schmalen Gasse, die nach dem Goldenen Horn führt, traf ich einen Arzt, mit dem ich vor einigen Monaten im Pera-Palast Bekanntschaft gemacht hatte. Wir begrüßten uns, wie es alte Freunde tun, die sich seit langem zum ersten Male wiedersehen und gingen Seite an Seite weiter hinunter bis zur neuen Stambulstraße.  
Die prächtige, rotgoldene Kuppel des Himmels, die ich noch vor wenigen Minuten vom hohen Turm aus bewundert hatte, war verschwunden. Der blutrote Sonnenschein hatte seine Glut in den Blüten des Meeres geföhlt und dort, wo er verschwand, war, spielten noch einige orangefarbene Wellen... Wandern blieben wir am Geländer der großen Brücke stehen. Die Dampfseifen der ankommenden und abgehenden Schiffe schüllten laut durch die Abendluft und viele Worte unseres Gesprächs verflangen ungehört. Es wurde immer dunkler, Licht nach Licht stammte auf und schließlich waren die Ufer des Goldenen Horns und des Bosporus wie geläutert mit funkelnden Bändern. Stambul streckte sich einer Silhouette gleich am Horizont. Hier und da schwebten vereinzelte Lichtpunkte wie Glühwürmchen vor der schwarzen Wand...  
Der Menschenstrom, der heute wie immer über die große Brücke strömte, nahm mehr und mehr ab, je länger wir blieben. Endlich sagte mich mein Begleiter am Arm und mit den Worten: „Jetzt können wir gehen, unsere Zeit ist gekommen“, zog er mich mit sich fort...  
Schon am ersten Tag unserer Bekanntschaft versprach mir der Arzt, mich mal in eine richtiggehende Opiumhöhle zu bringen. Da aus der Infanz zusammengeführt hatte, sollte ich die gesüßteste Ueberrauschung sofort erleben, und mir schmerzhaft langsam durch die engen Gassen unserer Gasse zu. Mit diesem Worte lagte der Mond zu und das war er gleich so recht einer zwischen den Dächern hängenden glühenden Dampfwolke. Schweigend waren wir vormüde gegangen und wanden endlich auf dem Hippodromplatz.

Durch die langen Gassen der Obeliken wurde das große Reich in drei Teile zerlegt. In der Nähe der Ogla Sophia bog er wie in ein Getreidefeld ein und kamen an ein kleines Dorf. Es war unerschlossen. Wir traten in den Hof ein und fanden vor einem kleinen orientalischem Haus zwei kleine Mädchen, die uns begrüßten. Die Straße

des Hauses waren vergittert. Der Unterbau des Hauses bestand aus Bruchsteinen, während der ganze Oberbau aus Holz gemauert war. Die farbigen Ornamente trugen unerkennbare Spuren des Alters...  
An der niedrigen Tür sah ich ein kleines krummes Männchen. Es trug, wie üblich, den Fez, hielt in der linken Hand einen langen geschweiften Stock und rauchte den türkischen Tabak. Als uns der Kleine erblickte, murmelte er einige Worte in türkischer Sprache, öffnete aber, nachdem mein Begleiter ihm den alles gesüßig machenden Nachschick in die Hand gedrückt hatte, unständlich die Tür...  
Der Vorraum war dunkel, nur aus dem angrenzenden Zimmer fiel ein matter Lichtschein herein. Beide Abteilungen waren nur durch einen weit zurückgeschlagenen Teppich getrennt.  
Eine widerlich süßliche Atmosphäre umgab uns schon hier. Nachdem wir unter Oberleibter lebte waren, führte uns ein türkischer Diener mit vermishtem Gesicht in das angrenzende Gemach.  
Im ersten Moment vermochte ich kaum zu atmen und sah auch nichts, denn ein parfümierter Nebelschleier zog sich durch den ganzen Raum. Bald aber fanden wir uns zurecht...  
Eine Art Kumpel spendete ein magisches, zosiges Licht; die Wände und der Fußboden waren mit Teppichen belegt. Große Seidenkissen mit schreiend-farbigen Mustern lagen überall herum. Außerdem fanden mehrere kleine Tischchen mit kostbaren Intarsien in den Ecken. Gölle waren nur sehr wenige da. Nachdem wir die anderen Besucher gemauert hatten, ließen wir uns, wie diese auf den Daunenkissen nieder. Eine glühende Leuchtglocke brachte uns ein Paradies, die bekannte Wasserpeise...  
Ich hatte kaum einige Züge getan, als ein großer Teppich zurückgeschlagen und ein geräumiges Nebengemach sichtbar wurde. Dort schenkte es mir, als enthalte ich meinen neugierigen Blicken ein Märchen aus 1001 Nacht.  
Der große Saal, welcher sich soeben vor uns aufgetan hatte, besah eine mächtige, geschliffene Kristallkugel, durch welche ein sonnenklares Licht strahlte. Die Wände und der Fußboden bestanden hier aus glattpolierten, farbigen Marmorplatten. Am Boden waren eine Unmenge kleine Teppiche ausgebreitet, die sich auf der spiegelglatten Fläche wie kleine Inseln in einem See ausnahmen. Schwere goldene Vorhänge mit goldenen Schnüren und Quasten hüllten den Saal in zwei gleiche Teile.

Seipzig. Die Seizpiger Stadtorordneten stimmten am Mittwoch einer neuen hundertprozentigen Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise zu, jedoch von jetzt ab die einfache Fahrt 60 (bisher 50) Mark, die Umfahrfahrt 70 (bisher 65) Mark kostet. Die Abendausgänge wurden von zwei auf fünf Mark erhöht, dagegen die vom Räte beantragte Einführung der Sonntagsausgänge abgelehnt. — Um der Not der Straßenbahnen zu steuern, haben die Seizpiger Stadtorordneten am Mittwoch an dem Rat der Stadt das Ersuchen gerichtet, beim Sächsischen Landtage vorstellig zu werden, daß dieser beschließt: Die Regierung wird erucht, mit der Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten, daß die Kohlensteuer für die von den Straßenbahnen benötigte Kohle in Wegfall kommt.

### Bermittelt.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. Während zwei Kupferschmelze in einem Destillierapparat der Teutonia-Werke in Harburg Schweifungen vornahm, entstand in dem Kessel ein Feuer, jedoch die Arbeiter der beiden Schmelze in Brand gerieten. Einer von ihnen verbrannte im Kessel bei lebendigem Leibe, während der andere sichtlich brennend ins Freie kommen konnte. Er wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb.  
Die anonymen Briefe von Tulle. In Tulle hat am Montag, wie dem „S. L.“ aus Paris gemeldet wird, der Prosch gegen Angele Laball begonnen, die beschuldigt wird, die Verfasserin der anonymen Briefe zu sein, die die Witze von Tulle seit mehr als einem Jahre in Angst und Besorgnis setzten. Ein Mann, dessen Frau verdächtigt wurde, ist wahnsinnig geworden. Eine andere nahm sich das Leben. Angele Laball suchte zusammen mit ihrer Mutter den Tod in einem See, wurde aber gerettet, während die Mutter in den Fluten umkam. Der Verteidiger der Angeklagten ist der hervorragende Pariser Advokat Hesse. Die erste Vernehmung erbrachte nichts, was die Angeklagte besonders schwer belastet hätte.  
Die „Geschäfte“ der Schutzgesellschaft Roma. Das Bundesgericht München erließ gegen den Generaldirektor Rosenberg vom Schutzbau Roma u. a. und gegen den Prokuristen Seimann Haftbefehle, auf Grund deren die Festnahme erfolgte. Der Hauptbeschuldigte ist der Direktor Rosenberg. Die Erhebungen sind sehr umfangreich. Der Staatsanwalt beabsichtigt, den Fall vor dem Bundesgericht zur Verhandlung zu bringen. Das Schutzbau Roma soll angeblich große Mengen Schutzwaren zurückgehalten haben.

### Raus und Wissenhaft.

Zur Lage im Berliner Theaterkreis wird gemeldet, daß sämtliche streikenden Bühnenangehörige durch eingeschriebenen Brief die Mitteilung von ihrer risikolosen Entlassung wegen Dienstverweigerung erhalten haben.  
Einfacher-Neuheiten in der Dresdner Staatsoper. (12. Dezember.) Als erstes Werk geht das Schauspiel „Wieder, Hoffnung der Frauen“ von A. Kofoska, Musik von Paul Hindemith, in Szene. Es handelt sich bei dieser „Vision“ um die Auseinandersetzung zwischen Mann (Kämpfer, übertragender Mensch) und Weib. In ihren Lieben erliegt die Frau dem Manne, der aus ihrer Schwäche Kraft gewinnt und zu neuen Taten fortstärkt. An zweiter Stelle steht „Arlecchino“, ein theatralisches Capriccio von F. Büni. Die launigen Figuren der altitalienischen „Commedia dell'arte“. Mit der Frau eines für Dante schwärmenden Schneiders hat Arlecchino ein jämmerliches Verhältnis, während seine Columbine von dem aufgelaufenen Leandro umworben wird, der dann Arlecchino mit dem Dolgsäbel (Schwert) ersticht. Zuletzt wird der Schneider abgehoben und das Mädchen verduftet. Den Abend beschließt die Pantomime „Vetruschka“ von Igor Strawinsky. Eine fantastische Puppenoper, die während des russischen Karnevalsfestes spielt und zwischen Schin und Wirklichkeit pendelt. Ein Charakter hat drei von ihm geschaffenen Puppen durch Handerei Leben und menschliches Fühlen gegeben. Der vermählte Petruschka liebt die Ballerine, die ihrerseits den schon gemauerten Nerven vorzieht. Dieser erschlägt den Rebenbubler. Die Fantastik geht soweit, daß der Charakter der Volksmenge den Puppentörper des Ermordeten, dessen hölzernen Kopf usw. gelot, während das Gespenst Vetruschka über dem Puppen-theater erscheint und der gequälten Menge Grimassen schneidet. — Spielleitung: Georg Hartmann bezw. Suli Dahl. Musikalische Leitung: Friz Busch. wsl.

### Dezember-Neubestellungen

auf das täglich erscheinende Nieser Tageblatt nehmen sberzeit die Postämter, die Zeitungsträger und die Tagesblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59 (Fernsprecher Nr. 20) zur Vermittlung an diese entgegen.

Von der Kuppel herab hingen viele vergoldete Ketten, an welchen wieder große Ketten befestigt waren. Papageien in den schönen Gärten schaukelten sich in diesen Ringen. Mitten im Saal stand ein mächtig großer Divan, der mit schwarzgrüner Seide bezogen war. Drei wunderschöne schwarze Orientalinnen saßen darauf. Sie lächelten mich an und zeigten ihre blendendweißen Perlenzähne. Die mit Seinen besetzten großen Körner glänzten und wetteiferten mit dem Feuer der Augen ihrer Trägerinnen. Als Gewänder trugen sie nur dünne Schleier, die die schmiegamen Oberkörper mehr zur Schau stellten als verbargen.  
Obwohl nirgend Musikanten zu sehen waren, konnte man doch zarte Melodien vernehmen, bald schwoll die Musik an, bald löste sie leise wie aus weiter Ferne. Dann erhoben sich die drei Geheften und ließen die Fruchtigkeiten, von denen sie köstliche Früchte genossen hatten, auf den Marmorboden niederfallen... Gongolone entlangen und Tambourins wurden geschlagen, ein vielfältiges Echo sprang von den Wänden zurück.  
Langsam näherten sich mir die drei Schleierverhüllten Geheften, haben mich auf und trugen mich in den Saal. Es war mir wie ein Traum. Welch eine Umwandlung hatte sich zur gleichen Zeit mit mir vollzogen? — Ich war plötzlich ganz Oriental geworden. Meine Gewänder umfüllten meinen Körper. Auf dem Kopfe trug ich einen mächtigen dunklen Turban, mit Reiterbusch geziert und mit glänzenden Ketten behängt.  
Ich rauchte noch immer, die Musik löste wieder lauter. Die reizenden Mädchen ergriffen mich und wir tanzten gemeinsam bis zur Bewußtlosigkeit... Rosenlind umgab mich; ich wurde auf weiche Kissen gebettet — und träumte. Die zarten Gesichter schmiegen sich an mich und drückten mir heiße Küsse auf die schmerzenden Lippen. Dann war es mir, als ob die Musik verstummte, das Sonnenlicht der Kuppel verschwand. Ich fühlte ein Brennen in meinen Gliedern. Ueber meine Stirn floß weißglühendes Metall, ich vermochte nicht, mich zu bewegen, eine große Erhöhung, ein töbliches Angstgefühl hatte sich meiner bemächtigt...  
Viele Stunden mußte ich so gelegen haben. Als ich wieder zu mir kam, schrie ich auf... Wo befand ich mich??? — Im Perahotel!  
Der Arzt, mein Begleiter zur Opiumhöhle, legte mir kühlende Kompressen auf die Stirn und sagte leise zu mir: „Borgen Sie sich nicht, es geht bald wieder, das Opium ist Ihnen verzeuht, Sie sind vollkommen gesund.“



# Dixin

das dankbare  
Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig!

ALLEINIGE HERSTELLER:  
HENKEL & CO., DUSSELDORF

**Bereinsnachrichten**  
Domst. Verein. Sonnabend 8 Uhr Schlachthof.

**Konditorei und Café Grube.**  
Morgen Freitag abend und Sonntag von 4 Uhr an  
**Künstler-Konzert**  
gespielt von Geschw. Weise.  
Um recht regen Besuch bittet Otto Grube.

**Restaurant „Stadt Metz“.**  
Freitag abend Musik.  
Sonnabend, Sonntag und Montag  
**Bockbier-Ausschank.**  
Stoff hochfein. N. Bockwürstchen.  
Rettsch. Musikal. Unterhaltung.  
Um gütigen Zuspruch bittet  
Ella Gahn.

**Karpfenbrände Riesa.**  
Freitag, Sonnabend und Sonntag  
**Bockbierauschank.**  
N. Bockwürstchen. Musik. Unterhaltung.  
Freundlich laden ein  
Franz Gentschel u. Frau.

**Restaurant „Zur Erholung“.**  
Ab Freitag u. folgende Tage  
N. Bockwürstchen. Stoff hochfein.  
Musikalische Unterhaltung.  
Um gütigen Zuspruch bitten  
Reinhard Wilhelm u. Frau.

**Thieres Restaurant.**  
Von morgen Freitag bis Montag  
**Bockbierauschank.**  
N. Bockwürstchen.  
Hierzu laden freundlich ein  
Cäwald Thiere u. Frau.

**Rest. „Stadt Freiberg“.**  
Freitag, Sonnabend und Sonntag  
den 8., 9. und 10. Dezbr.  
**Bockbier-Ausschank.**  
Für Unterhaltung ist  
bestens gesorgt.  
Es laden ergebenst ein  
Georg Hillermann und Frau.

**Café Wolf.**  
Sonnabend und folgende Tage  
**Bockbierauschank.**  
N. Bockwürstchen.  
Musikalische Unterhaltung.  
Es laden dazu ein  
Franz Wolf.

**Restaur. Bürgergarten.**  
Freitag und folgende Tage  
**Bockbier-Ausschank.**  
N. Bockwürstchen.  
Es laden ergebenst ein  
Willy Große u. Frau.

Dienstag abend 7,8 Uhr entschlief sanft  
nach langem schweren Leiden mein lieber  
Gatte und Vater  
**Ernst Bruno Müller.**  
Im tiefsten Schmerze  
Selma Müller und Tochter.  
Boberfen, 5. Dez. 1922.  
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend,  
9. Dezember, nachmittags 1/4 Uhr vom  
Trauerhause aus.

Am 4. Dezember verstarb der Mühlen-  
arbeiter Herr  
**Clemens Grummt.**  
Der nunmehr Verbliebene ist uns über  
20 Jahre ein treuer Mitarbeiter gewesen,  
der sich durch seine Zuverlässigkeit beson-  
ders auszeichnete. Schon seit Jahren  
leidend, hat er sich immer wieder aufgeopfert,  
um seiner Arbeit nachzugehen.  
Wir werden ihm ein treues Andenken  
bewahren. **Gebrüder Schüherr.**

**Zentral-  
Lichtspiel-Theater  
Gröba.**

**Dienstag, 12. Dezbr. 1922**  
abends 7,8 Uhr  
im **Höfner-Saal**  
**Winzerlesel**  
Manden von Kriegsteilnehmern im  
Reichsbund d. Kriegsbeschädigten, Kriegs-  
teilnehmer und Hinterbliebenen, Preis-  
gruppe Riesa. — Nach der Operette Ball.  
Vorverkaufsorten: Ref. Blah 100, 1. Blah 80,  
2. Blah 50, Galerie (nichtnum.) 30 M. in der Buch-  
handl. Tob. Hoffmann (Tel. 107) und im Zigarren-  
geschäft E. Wittig (Tel. 445). Dienstag an der  
Saalkasse erhöhte Preise.

Morgen Freitag abend 8 Uhr  
**außerordentliche  
Sauptversammlung**  
im **Schützenhaus.**  
Zahlreiches Erscheinen dringend  
erwünscht. **Der Vorstand.**

Nach mehrjähriger Tätigkeit im Krankenhaus  
und in der Allgemeinpraxis habe ich mich in  
**Brausitz, Bahnhof**  
niedergelassen und halte  
Sprechstunde montags 1-2  
Sonntag 9-10.  
**Dr. med. Otto Benndorf**  
drakt. Arzt und Geburtshelfer  
Telef. Stauchitz 29 (Getreidehlg. Schröder, Brausitz).

**Bekanntmachung.**

Da die f. St. vorherrschende Knappheit an barem  
— insbesondere kleinen — Zahlungsmitteln durch  
vermehrte Ausgabe entsprechender Noten durch die  
Reichsbank augenblicklich behoben ist, rufen wir  
unsere herausgegebenen Gutscheine zu 50 u. 100 Mark  
hiermit zur Einlösung auf. Wir machen darauf  
aufmerksam, daß die Umlaufzeit 3 Monate nach  
diesem Aufruf abläuft. Bis zum 10. März 1923  
spätestens werden also die Gutscheine außer an  
unseren Kassen in  
**Lauchhammer, Riesa, Gröditz**  
eingelöst in  
Dachwitz  
Eiserwerda  
Hainberg  
Rieschhain N.-O.  
Liebenwerda  
Mückenberg  
Mühlberg a. E.  
Crittand  
bei der Anhalt-Deffauschen  
Landesbank  
bei der Commerz- und Privat-  
Bank A.-G.  
bei der Anhalt-Deffauschen  
Landesbank  
bei der Städtischen Sparkasse  
bzw. Stadtkassette  
bei der Riesaer Bank A.-G.  
Lauchhammer, den 2. Dezember 1922.  
**Eintr.-Hofmann-Lauchhammer**  
Aktiengesellschaft.

**R. Richters**

**Tanz- und Anstands-Lehrkursus**  
für Kaufleute, Beamte, Bürgerstöbne und Töchter  
beginnt **Mittwoch, 27. Dez.** (Damen 7 Uhr, Herren  
8 Uhr) im **Hotel Wettiner Hof**, Vorderer Um-  
meldung in meiner Wohnung, Albertplatz 8, erbeten.  
Hob. Richter, Rich Mübr.

Für alle freundlichen Glückwünsche zu unserer  
am 2. Dezember d. J. stattgefundenen Ver-  
mählung sprechen wir hierdurch unseren  
herzlichsten Dank aus.  
Lauenstein, den 4. 12. 1922  
Willa Engadin.  
**Dr. phil. Theodor Kramer u. Frau**  
Lisbet geb. Selbhaar.

Deute unwiderruflich letzter Tag: „Fatty als Koch“, sowie „Zitat, der Abende“.  
Freitag bis Montag: Fortsetzung des Eddie Polo-Films  
**Seepiraten**  
4. Teil: „Das Siegel des Todes“. — Ferner:  
„Die Schatten der Vergangenheit“.  
Ein Sittenbild in 5 Akten.  
Dienstag bis Donnerstag: Der große Auslandsfilm  
„Vom Diener zum Herrscher“.  
Ein gewaltiger Abenteuerfilm in 7 Akten. — Vorstellungen werktags 7 und  
9 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr. Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin **Anna Sach.**

**Nur schneller Umlauf schützt vor Verlusten!**  
**Inferiere im Riesaer Tageblatt — es bringt Gewinn!**

**Vorteilhaft kaufen Korbmöbel**  
beim Hersteller und empfiehlt  
solche in reicher Auswahl  
**KORBMOEBELZENTRALE.**  
Neu aufgenommen: Kinderwagen, Stubenwagen.

**Häute und Felle**  
gerbt und kauft  
**Paul Jungfer, Herberd**  
Großenhainer Straße 31  
Auf der  
**Central-  
Arbeits-  
Bekleidung**  
Tafelst ist wieder  
eine große Sendung  
**Arbeitsachen**  
zu billigen Preisen  
eingetroffen:  
Wanddecken m. Ledersohlen  
Schlösser, Ulker  
Damenhemden  
Kinderanzüge  
Damenanzüge  
(12-14 Jahre)  
Herrenanzüge  
Militärjoppen  
Betttücher — Anziehsen  
Regenmäntel m. Gummi  
Damenkleider  
Mädchenkleider  
Eisenbahnerhosen  
Tuchhosen usw.  
Niemand veräume  
die Gelegenheit!  
**Neu-Weida, Hauptstr. 30**  
2 Treppen. Kein Laden.

**Stütz- und  
Siebrohrlötle**  
— gut trocken —  
verkauft inbrennweise, sowie  
im einzelnen billig  
**S. Kern, Gbfr. 2.**  
Telefon 387.  
**Spezialartoffeln**  
verkauft der Obine.  
**Altkuiper  
Altmessing**  
kauft als Selbstverbrauch.  
**Franz Müller, Hauptstr. 33**  
Fernruf 510.  
**Geschäftliche  
und private**  
Drucksachen aller Art  
werden bei sauberster  
u. geschmackvoller Aus-  
führung in kürzester  
Zeit angefertigt von  
Tageblatt-Druckerei  
Riesa, Goethestr. 50.

**Stütz- und  
Siebrohrlötle**  
— gut trocken —  
verkauft inbrennweise, sowie  
im einzelnen billig  
**S. Kern, Gbfr. 2.**  
Telefon 387.  
**Spezialartoffeln**  
verkauft der Obine.  
**Altkuiper  
Altmessing**  
kauft als Selbstverbrauch.  
**Franz Müller, Hauptstr. 33**  
Fernruf 510.  
**Geschäftliche  
und private**  
Drucksachen aller Art  
werden bei sauberster  
u. geschmackvoller Aus-  
führung in kürzester  
Zeit angefertigt von  
Tageblatt-Druckerei  
Riesa, Goethestr. 50.

**Stütz- und  
Siebrohrlötle**  
— gut trocken —  
verkauft inbrennweise, sowie  
im einzelnen billig  
**S. Kern, Gbfr. 2.**  
Telefon 387.  
**Spezialartoffeln**  
verkauft der Obine.  
**Altkuiper  
Altmessing**  
kauft als Selbstverbrauch.  
**Franz Müller, Hauptstr. 33**  
Fernruf 510.  
**Geschäftliche  
und private**  
Drucksachen aller Art  
werden bei sauberster  
u. geschmackvoller Aus-  
führung in kürzester  
Zeit angefertigt von  
Tageblatt-Druckerei  
Riesa, Goethestr. 50.

**Stütz- und  
Siebrohrlötle**  
— gut trocken —  
verkauft inbrennweise, sowie  
im einzelnen billig  
**S. Kern, Gbfr. 2.**  
Telefon 387.  
**Spezialartoffeln**  
verkauft der Obine.  
**Altkuiper  
Altmessing**  
kauft als Selbstverbrauch.  
**Franz Müller, Hauptstr. 33**  
Fernruf 510.  
**Geschäftliche  
und private**  
Drucksachen aller Art  
werden bei sauberster  
u. geschmackvoller Aus-  
führung in kürzester  
Zeit angefertigt von  
Tageblatt-Druckerei  
Riesa, Goethestr. 50.

**Stütz- und  
Siebrohrlötle**  
— gut trocken —  
verkauft inbrennweise, sowie  
im einzelnen billig  
**S. Kern, Gbfr. 2.**  
Telefon 387.  
**Spezialartoffeln**  
verkauft der Obine.  
**Altkuiper  
Altmessing**  
kauft als Selbstverbrauch.  
**Franz Müller, Hauptstr. 33**  
Fernruf 510.  
**Geschäftliche  
und private**  
Drucksachen aller Art  
werden bei sauberster  
u. geschmackvoller Aus-  
führung in kürzester  
Zeit angefertigt von  
Tageblatt-Druckerei  
Riesa, Goethestr. 50.

Bei Sonne, Kälte,  
Schnee u. Regen,  
muß man die Schuh  
mit  
**Pilo**  
pflegen.

**Schall-Platten**  
die neuesten Schläger  
von **M. 600.** — an,  
abgespielt u. zerbrochene  
siehe die höchsten Preise.  
**Fahrraddecken**  
noch ohne Aufschlag  
M. 3500. — bis 5000. —.  
**Schläuche**  
extra prima. M. 1800. —.  
Billige Bezugsquelle  
für Wiederverkäufer.  
**Gummi-Spezial-Vertrieb**  
**Otto Mühlbach, Riesa**  
Bismarckstr. 11  
Ede Schloßstraße.  
Jeden Posten trocken

**Bauernquart**  
kauft  
**Gustav Gröber, Riesa**  
Riesa, Schillerstr. 7a.  
Telefon 747.  
Auch werb. Butterhändler  
als Quartalkäufer gesucht!  
Morgen  
**Freitag**  
abend 8 Uhr  
Verfamml-  
ung in der  
Eldterstraße  
Vortrag  
Frahm-Hamburg.  
Alle Kollegen werden er-  
wartet. **Der Vorstand.**

**Todesfall**  
bleibe mein Geschäft  
morgen Freitag  
geschlossen.  
**Schubhaus Timmer.**  
Dienstag abend ver-  
chied nach schwerem Leiden  
meine liebe Frau, unsere  
gute trennorgende Mutter  
**Marie Theresia Vogel**  
verw. gev. Gentschel.  
In tiefstem Schmerze  
Albin Vogel  
und Kinder.  
Riesa, den 7. Dezbr. 1922.  
Die Beerdigung findet  
Sonnabend nachm. 1/8 Uhr  
von der Friedhofstraße  
aus statt.

Die heutige Nr. umfist  
8 Seiten.

Die Meerengenfrage.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: In der gestrigen zweiten Sitzung über die Meerengenfrage machte Lord Curzon...

Hierauf gab Lord Curzon die allgemeinen Linien des alliierten Projektes bekannt, dem folgendes zu entnehmen ist: 1. Freiheit der Handelschiffahrt ohne irgendwelche Beschränkung der Tonnage in Friedenszeiten...

2. Die Zahl der Kriegsschiffe einer Macht darf im Schwarzen Meere niemals diejenige der Seemacht eines der alliierten Mächte überschreiten. In die Türkei nicht neutral, so behält die Möglichkeit der Durchfahrt nur für neutrale Kriegsschiffe.

3. Zum Zwecke der Entmilitarisierung einer genau zu bestimmenden Zone soll eine auf se einer Vertreter der alliierten Mächte des Schwarzen Meeres, Frankreichs, Englands, Italiens, Griechenlands und der Vereinigten Staaten bestehende Kommission ernannt werden.

4. Gewährleistung des Schiffsverkehrs in Konstantinopel nach jeder schiffahrtenden Modalität.

Die Vertreter Frankreichs und Italiens stimmten den Ausführungen Lord Curzons zu. Der amerikanische Vertreter Child erklärte sich als Anhänger der völligen Freiheit des Handelsverkehrs. Der jugoslawische Vertreter schloß sich ebenfalls der Auffassung der Alliierten an. Tschitscherin wies sehr lebhaft Curzons Ausführungen zurück.

Die nächste Sitzung ist auf Freitag vormittag festgesetzt worden.

Die Erklärung des amerikanischen Vertreters Child in der gestrigen Sitzung wurde während des ganzen Tages aus lebhaftester Kommentierung und in verschiedener Weise ausgelegt. Child hatte erklärt, die Freiheit des Schwarzen Meeres könne nur durch Entwaffnung erzielt werden. Weiter sei es wünschenswert, daß die Kriegsschiffe aus den Gewässern verschwinden. Aber Kriegsschiffe verfolgen auch kulturelle Zwecke und Amerika würde nicht beabsichtigen, wenn seine Kriegsschiffe vertrieben würden, seine Bürger und Handelschiffe überall hin zu begleiten. Diese Darlegung wird in alliierten, besonders in französischen Kreisen als Untergrübelung der alliierten These aufgefaßt. Tschitscherin erklärte dagegen in einer Mitteilung, man müsse annehmen, daß Child nur die Zulassung einzelner Kriegsschiffe ins Auge faffe. Diese Frage könne geprüft werden, wenn sie in dem Sinne zu verstehen sei, daß Kriegsschiffe zu militärischen Zwecken ausgeschlossen sein sollen.

Der Vorschlag der Alliierten in der Meerengenfrage wird in türkischen Kreisen als Verhandlungsbasis bezeichnet. In Kreisen der russischen Delegation dagegen erklärte man den alliierten Plan trotz einiger Milderungen nicht für anscheinbar.

Notenwechsel über die Ausführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Vorkonferenz hatte in ihrer Note vom 14. April 1922 über die internationalisierte Kontrolle und Kontrollkommission vorgeschlagen, daß anstelle dieser Militärkontrollkommission ein militärisches Garantiekomitee treten solle. In dieser Angelegenheit hat ein Notenwechsel stattgefunden, bei dem die alliierten Mächte konstatierten, daß seit mehreren Monaten eine bedeutende Verzögerung in der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages eingetreten sei und wofür sie im besonderen fünf Punkte erwähnten, denen nicht entsprochen worden sei. Diese betreffen die Reorganisation der Polizei, die Umkehrung der Fabriken und die Auslieferung des Restes des nicht angelegenen Materials, die Auslieferung der Schriftstücke, die sich auf die Bestände an Kriegsmaterial zur Zeit des Waffenstillstandes beziehen, schließlich die Veröffentlichung von gesetzlichen Bestimmungen zur wirksamen Unterbindung der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Angleichung der Rekrutierung und Organisation des Meeres an die Bestimmungen des Friedensvertrages. Andererseits hielten die alliierten Mächte Ersicherungen in Aussicht durch Abschaffung der Kontrollkommission, wenn die Erfüllung dieser Forderungen sichergestellt sei und die deutsche Regierung die Einsetzung eines militärischen Garantiekomitees angenommen habe, das anstelle der Kontrollkommission zu treten habe.

Da in der Antwort der deutschen Regierung vom 27. Oktober die Bereitwilligkeit, in Verhandlungen über diesen Vorschlag einzutreten, ausgesprochen, aber über die fünf Punkte nichts gesagt wurde, nahmen die alliierten Mächte an, daß Deutschland in der Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Versailles Vertrages nicht weiter gehen wolle und erklärten, daß die Kontrollkommission bleiben würde, bis die fünf Punkte geregelt seien und daß über diese fünf Punkte keine Verhandlungen geführt werden sollten. Sie verlangten bis zum 10. Dezember eine endgültige Antwort. Die deutsche Regierung antwortete am 27. November, daß sie keineswegs beabsichtige, die fünf Punkte zu ignorieren, daß aber die Prüfung dieser fünf Punkte längere Zeit beanspruchen und daß deshalb geglaubt habe, ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über das Garantiekomitee vorweg auszusprechen zu sollen. So steht jetzt die Sache.

Die deutsche Kohleneinfuhr

Im Oktober hat 2 295 371 Tonnen betragen. Dagegen haben für an die Entente im gleichen Monat 1,5 Millionen Tonnen geliefert. Die Einfuhr ist also noch um die Hälfte höher als die Lieferungen an die Entente. Die übrige deutsche Kohleneinfuhr an Kohlen war wieder/ sehr niedrig; sie betrug etwa 200 000 Tonnen.

Nach dem für das Jahr 1922 vorgesehenen Plane sollen 4,8 Millionen Kubikmeter Holz an den Feindbund abgeführt werden. Es war jedoch für das Reich unumwandelbar, einen beträchtlichen Bestand aufzubringen. Die Franzosen behaupten, daß Deutschland mit ungefähr 70 Prozent im Rückstand sei. Die Hauptschwierigkeiten für Deutschland, die kaum zu überwinden sein dürften, bestehen in den Fragen des Transports und der Beschaffung der Arbeitskräfte. Man könnte vielleicht daran denken, den Feindbetrag durch eine Einfuhr aus holzreichen Ländern zu decken, die dafür in Frage kommen: Polen und Rußland; diese fordern aber Zahlung in hochwertiger Valuta, was für Deutschland unumwandellich ist.

Ein Reparationsplan der deutschen Regierung.

Begrenzung und Restitutionspflichtungen der Reparationsverpflichtungen.

Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß innerhalb des Reichskabinetts ein Plan beraten worden sei, der darauf hinauslaufe, mit den Alliierten zu einer umfassenden Regelung über die gesamten Reparationsverpflichtungen Deutschlands zu gelangen. Nach mit hervorzuhebenden Vertretern der deutschen Wirtschaft sei nach dem Blatte Bildung genommen worden, um die Industrie für die Mitwirkung an dem neuen Reparationspläne zu gewinnen. Die Verhandlungen über den Plan seien noch nicht abgeschlossen. Sein Hauptgedanke sei, auf dem Wege der Verhandlungen mit den Alliierten zu einer Begrenzung und Restitutionspflichtungen der Reparationsverpflichtungen Deutschlands zu gelangen und ferner, wie es in den Mitteilungen einer Korrespondenz heißt, sofort eine internationale Anleihe aufzulösen, von der ein Teil Frankreich zugute kommen soll, während der andere Teil zur Stabilisierung der Mark verwendet werden soll. Während die „Vossische Zeitung“ es noch als unentschieden bezeichnet, ob der neue Vorschlag der deutschen Regierung den Alliierten vor der Londoner Konferenz oder erst vor der Brüsseler Konferenz übermitteln werden soll, meldet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß nach Verlautbarungen in parlamentarischen Kreisen die deutsche Regierung noch vor Montag, d. h. vor Beginn der Londoner Beratungen mit ihrem positiven Vorschlag an die Reparationskommission heranzutreten werde. Die „Vossische Zeitung“ hält es für wahrscheinlich, daß der Reichskanzler in der für Sonnabend einberufenen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ausführliche Erklärungen über den Reparationsplan abgeben werde. Dem „Kölnischen Volksblatt“ zufolge sind für Freitag die Parteiführer zum Reichskanzler gebeten worden.

Den Londoner Blättern zufolge scheint Poincaré zu beabsichtigen, sich auf der Londoner Vorkonferenz auf die Darlegung des französischen Standpunktes in der Frage des Moratoriums für Deutschland und der französischen Bedingungen für eine Finanzkontrolle und produktive Pfänder zu beschränken, die Herabsetzung der deutschen Entschädigung und die Ausgabe einer internationalen Anleihe aber der Brüsseler Konferenz vorbehalten. Die Blätter betonen, daß die britische Regierung nicht nach Brüssel gehen werde, wenn nicht über die Hauptfragen ein internationalisiertes Übereinkommen erzielt sei, und daß die belgische Regierung die Brüsseler Konferenz nicht einberufen wolle, wenn kein Übereinkommen erzielt sei. Auch Mussolini glaubt nicht an den Wert von Konferenzen ohne konkrete Grundlage.

Nach dem Pariser Berichterstatter der „Times“ enthalten die französischen Vorschläge für die Brüsseler Konferenz folgende Punkte: Kein Moratorium für Deutschland ohne Pfänder wie Bergwerke und Wälder, Herabsetzung der deutschen Entschädigung parallel mit der Herabsetzung der alliierten Schulden. Revision der Prozentsätze der Alliierten an den deutschen Zahlungen. Frankreich habe Anspruch auf mehr als 52 Prozent, jedoch England auf einen Teil seiner Reparationsansprüche verzichten müsse. Jeder vorläufige Versuch Deutschlands, sich Zahlungen oder finanziellen Reformen zu entziehen, müsse Sanktionen nach sich ziehen. Derliche und zeitliche Ausdehnung der Besetzung. Errichtung einer Kontrollkommission um das Ruhrgebiet und allgemeine wirtschaftliche und administrative Organisation des Rheinlandes.

Dem französischen „Gazette d'Italie“ zufolge wird Mussolini in London die Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen auf ein vernünftiges Maß vorschlagen, vorausgesetzt, daß gleichzeitig Amerika und England die Schulden Italiens und Frankreichs entsprechend ermäßigen. Der englische Delegierte in der Reparationskommission Brodbery ist gestern nachmittag von Paris nach London

Die Begründung

des Urteils im Scheidemann-Prozess.

In der Begründung des Urteils in dem Scheidemann-Prozess wird ausgeführt, die Täter hätten schon vor geraumer Zeit den Entschluß gefaßt, den Oberbürgermeister Scheidemann aus Nache für seine frühere Tätigkeit zu töten. Beide hätten den Entschluß gefaßt, gemeinschaftlich Täter zu werden, und diesen Beschluß auch ausgeführt. Das zur Tat verwendete Gift sei sowohl nach Verdaulichkeit wie nach Wirkung geeignet gewesen, den erstrebten Zweck zu erreichen. Gleichgültig sei, ob vielleicht der eine oder der andere vorübergehend wankelmütig geworden sei. Daß die Angeklagten den Gummiball beiseite ließen, sei eine im letzten Augenblick vorgebrachte Ausrede. Nur sei allerdings glaubhaft dargelegt, daß ansehnend Deliktstäter im entscheidenden Augenblick den Plan aufgegeben habe, selbst als Ausführender in Aktion zu treten. Daraus konnte geschlossen werden, daß Kustert nicht mit Ueberlegung gehandelt habe. Das Gegenteil sei aber dadurch erwiesen, daß Kustert vom dem Auftrag Deliktstäter nicht überrascht war. Er sei nicht infolge neuer innerer Kämpfe zur Tat gekommen, sondern bei dem gedachten, was er beschloßen hatte, und habe seine Aufgabe auch sofort mit Entschlossenheit übernommen. Die Angeklagten seien daher beide des versuchten Mordes für schuldig erklärt worden. Bei dem Strafmaß sei berücksichtigt worden, daß sie während der Verhandlungen in trostiger Stimmung des Ungehorsams und Widerspruchs verbarren. Ob die Angeklagten von dritter Seite angefaßt und ihnen die Mittel zur Tat von dritter Seite geliefert worden seien, sei nicht näher erwiesen. Es sei aber wahrscheinlich, daß sie im Wanne fremder Meinung standen und auch von dritter Seite beauftragt wurden. Was die Frage betreffe, ob auf Erbrochene zu erkennen sei, so sei vielleicht denkbar, daß es nicht ohne weiteres ebrios sei, einen politischen Gegner zu beiseitigen. Wer aber einen lieblichen Bürger überfälle und sich das Recht, angeblich von Gott verliehen, anmaße, diesen Bürger zu ermorden, zumal in Gegenwart seiner Tochter und seines Entleinbendes, handele nicht aus idealen Gründen, sondern sei unter allen Umständen ebrios.

Clemenceau bei Präsident Harding.

Was berichtet aus Washington über den Empfang Clemenceaus bei Präsident Harding, der Präsident habe sich eine Neuerung über den Besuch Clemenceaus vorbehalten und nur erklärt, daß dieser ein Höflichkeitbesuch gewesen sei, in dessen Verlauf keine Staatsangelegenheiten ernstlich zur Sprache gekommen seien und ferner der schwierigen Probleme, mit denen Frankreich zu tun habe, in Erwägung gezogen worden sei.

Die Anfänge neuer kolonialer Wirtschaft.

Die außerordentliche Erfahrung, die deutsche Kolonisten gesammelt haben, und ihre jetzt nachdrücklich auch von England widerwillig anerkannten Fähigkeiten finden unter dem

abgerufen. Gestern nachmittag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Alexander der Oberste Kriegsrat getagt. Die Vorkonferenz hat gestern vormittag eine Sitzung abgehalten. Ein Bericht wurde nicht veröffentlicht.

Die französische Aktion im Rheinland.

In der Vollziehung des preussischen Staatsrates am Mittwoch gab Vizepräsident Graf im Namen aller Fraktionen eine Erklärung ab, in der der Staatsrat als verfassungsmäßig berufene Vertretung der bedrohten Provinzen Einpruch erhebt gegen die Gewaltpolitik der heutigen französischen Machthaber, die nach offen ausgesprochenen Drohungen die Auflösung des Rheinlandes vom Reich und weitere militärische Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erstreben. Der Staatsrat stellt fest, daß alle Lösungs- und Einbürgerungsversuche im Rheinlande mit Entschiedenheit abgelehnt werden und daß die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für das Rheinland gelten muß.

Der in Dortmund zusammengetretene Bezirksparlament der SPD. des westlichen Westfalens hat in einer Entschließung gegen die französischen Gewalttätigkeiten scharfen Einpruch erhoben. In ihren Bestrebungen, ihre Freiheit und ihre Zugehörigkeit zu Deutschland zu verteidigen, könnten die Rheinländer der nachdrücklichen Unterstützung der Westfalen freudig gewillt sein.

Die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten von Ober- und Niederrhein haben einen gemeinsamen Aufruf mit der dringenden Bitte an alle Geschlechter, die Leiden einer fremden Herrschaft erduldet haben, mit allen Kräften den Rheinländern zu helfen und durch wertvolle Hilfe die Not der Rheinländer zu lindern.

Die Beipredung

der deutschen Ministerpräsidenten.

In der Dienstag-Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder hat der Minister des Innern von Preußen die Rechtslage bezüglich der Vorfälle in Passau und Ingolstadt dargelegt. Am Mittwoch haben die Ministerpräsidenten unter dem Vorsitz des Reichskanzlers ihre Beipredung fortgesetzt. Es wurde volles Einverständnis darüber festgestellt, daß die Note an die Reparationskommission vom 13. November die Grundlage für die zu befolgende Politik bilden soll und daß von der Reichsregierung nichts unterlassen werden dürfe, um in Durchführung der Note zu positiven Ergebnissen zu gelangen. In der Frage der Rheinlande und der besetzten Gebiete stimmten die Vertreter der Länder einmütig den Erklärungen an, die der Reichskanzler am 25. November und am 3. Dezember abgegeben hatte.

Der bayerische Ministerpräsident von Künzing ist gestern von Berlin nach München zurückgekehrt. Über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen betreffen die Antworten der deutschen Regierung auf die Säuberungsbedingungen der Entente für die Vorfälle in Passau und Ingolstadt will eine Korrespondenz wissen, daß anstelle der bayerischen Regierung die Reichsregierung die in der Ententernote verlangte moralische Genugtuung geben werde. Bezüglich der den beiden Städten auferlegten finanziellen Buße werde die Antwortnote vorzulegen, die Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichtes anzuerkennen. Wie die Blätter übergeben werden.

Im Steuerausschuß des Reichstags machte der Reichsfinanzminister längere Ausführungen über die Pläne der Regierung zur Umgestaltung der Steuern an die Schuldentwertung, sowie zur Erreichung einer beschleunigten Einzahlung der Steuern. Danach beabsichtigt der Reichsfinanzminister, diese Fragen in einem besonderen Gesetz zu regeln, das dem Reichsrat und dem Reichstag so bald wie möglich zugehen soll.

Druck der Nachkriegsverhältnisse in der Weltkolonialwirtschaft noch immer nur geringe Verwertung. Auf der Tagung des Vorkonferenz-Kongresses hat jüngst Gouverneur A. D. Dr. Albert Dahl über das Ergebnis einer Kundfrage folgende lehrreichen Mitteilungen gemacht: Von 200 Einzelverleihen, über die wir unterrichtet sind, haben sich 104 nach Afrika gewendet, 92 nach Mittel- und Südamerika, 18 nach Niederländisch-Indien, 4 nach Ostasien, 2 nach Nordamerika. Die übrigen sind in aller Herren Länder zerstreut, nur unter die Herrschaft der französischen Krone hat sich keiner begeben. Von 105 Gesellschaften, früher wirtschaftlich in unfern Kolonien tätig, haben auf eine Anfrage 39 geantwortet. Das Ausbleiben zahlreicher Antworten ist die trübseligste Befestigung, daß mit der Erneuerung der Wirtschaft noch nicht begonnen werden konnte. 15 der Antworten haben dies ausdrücklich bezogen mit der einmütigen Begründung, daß die ungenügende oder verspätete Zahlung der Vorkonferenzabgabe einen Anfang nicht zuließ. Von 24 Gesellschaften haben sich gemeldet eine nach Ostasien, 5 nach Niederländisch-Indien, 6 nach Südamerika, 11 nach Afrika, eine nach dem europäischen Kontinent, eine hat im Inlande wieder aufgegeben. Es betreiben 6 Unternehmungen Pflanzung und Handel, 5 den Anbau ausschließlich, 10 den Handel ausschließlich, 2 Handel und Gewerbe, eine Gewerbe ausschließlich. Eine Verlegung auf Handel und Gewerbe bei solchen Gesellschaften, die früher nur dem Anbau sich gewidmet hatten, zur Erleichterung des Neubeginns macht sich bemerkbar. Auch die Zusammenfassung der Mittel tritt bereits in die Erscheinung: 13 Gesellschaften haben sich zu 4 Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, so daß an Stelle der 24 früher selbständigen Wirtschaften 15 getreten sind. Alle haben den Gesamtbeitrag der Vorkonferenzabgabe in die neuen Unternehmungen gesteckt, bei zweien fanden auch noch beiseitene eigene Mittel zur Verfügung.

Der Anteil der Landwirtschaft an dem neuen Brotpreis.

In Durchführung der Entschädigung des Reichstags, bei Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgroßhandelsstelle bekannt zu machen, welcher Anteil an dem neuen Brotpreis auf die deutsche Landwirtschaft entfällt, wird bekannt gegeben:

1. Für die Zeit ab 30. Oktober 1922 wurde der Verkaufspreis der Reichsgroßhandelsstelle auf 30000 Mark für die Tonne Roggen erhöht. Der Umlagepreis für die Tonne Roggen für das erste Ablieferungsbrittel beträgt 28300 Mark, wozu als Anteil des im besetzten Gebiete, im besetzten Gebiete Ostpreußen und in der Provinz Ostpreußen gezahlten Aufschlages von 1200 Mark pro Tonne ein Betrag von 120 Mark hinzuzurechnen ist. Die Landwirtschaft erhält also für das erste Ablieferungsbrittel für die Tonne Roggen im Durchschnitt 28420 M. Der Umlagepreis für die Tonne Roggen beträgt also 94,75 Prozent des Abgabepreises der Reichsgroßhandelsstelle.

Nach der Preisermäßigung vom 30. Oktober 1922 war ein Umlagepreis von durchschnittlich etwa 90 Mark für die Tonne

Gramm-Brot zu versehen. Der Anteil des Umlagepreises für Roggen am Brotpreis beträgt unter Annahme einer Backausbeute von 135 kg Brot auf 100 kg Mehl 52,30 Prozent des Brotpreises, das ist einlag Prozent niedriger als vor dem Kriege, wo auf den Preis für das Getreide 57 Prozent des Brotpreises entfielen.

2. Für die Zeit ab 4. Dezember 1922 wurde der Verkaufspreis der Reichsbrotbäckerei auf 90000 Mark für die Tonne Roggen erhöht. Der Umlagepreis für das 3. Ablieferungsstadium ist noch nicht festgesetzt. Will man jedoch, obwohl damit wenig vergleichbare Faktoren in Beziehung gesetzt werden, den Umlagepreis für das 1. Ablieferungsstadium, also 28 420 Mark pro Tonne Roggen, dem genannten Verkaufspreis gegenüberstellen, so ergibt sich, daß der Umlagepreis für das 1. Ablieferungsstadium rund 81,60 Prozent des Verkaufspreises beträgt.

### Sagung der deutschnationalen Parteivertretung.

Die deutschnationale Parteivertretung beschäftigte sich am 4. Dezember mit der politischen Lage, Finanz- und Organisationsfragen und nahm die Renouveau des Vorstandes vor. Bei der Besprechung der politischen Lage wurden vor allem die Rheinlandsfrage und die Forderungen der Volkshüter-Konferenz behandelt. Dazu wurden einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

1. „Die immer unverhüllter hervortretenden Absichten Frankreichs auf Abtrennung der Rheinlande vom Deutschen Reich begegnen dem entschiedenen Widerstande des gesamten deutschen Volkes und insbesondere der Rheinländer selbst. Trotz aller beständigen Verspottungen im deutschen Parteileben stehen die großen deutschen Parteien in dieser Frage einmütig und fest zusammen. Die Parteivertretung der deutschnationalen Volkspartei gibt angesichts der mit ständig wachsenden Mitteln arbeitenden französischen Propaganda erneut der Auffassung entscheidenden Ausdruck, daß der Widerstand der Rheinländer die einmütige Unterstützung des gesamten Vaterlandes findet. Die Parteivertretung dankt den Rheinländern tief für ihre alle Drangsale tragende und überwindende Treue; sie wird sich mit allen Kräften für eine gerechte und wohlwollende Würdigung der rheinischen Wünsche einsetzen und niemals sich damit abfinden, daß das Band der Rheinlande mit Deutschland und seinen Einzelstaaten gerissen oder irgendwie gelockert wird.“

2. „Die deutschnationale Volkspartei erwartet von der Reichsregierung, daß sie in unverzüglicher Einigkeit mit der bairischen Regierung die maßlosen Forderungen der Volkshüter-Konferenz und Anlaß der Vorgänge in Passau und Insohabt mit ungeschwächter Entschlossenheit zurückweist und daß sie sich durch keine Drohung und keinen Erpressungsversuch in der Wahrung deutscher Würde und deutschen Rechts heizen läßt.“

Nach der politischen Aussprache erfolgten die Wahlen des Parteivorstandes und Parteivorstandes. Zum Vorsitzenden wurde der Landtags- und Reichstagsabgeordnete Herrgert und im übrigen der alte Parteivorstand wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden Reichstagsabgeordneter Dietrich und Landtagsabgeordneter Wastorf.

### Deutscher Reichstag.

mitb. Berlin, 6. Dezember.

Die Aussprache auf der Tagesordnung stehende sozialdemokratische Interpellation über die Teuerung wird nach einer Erklärung der Regierung innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter wird durch eine Rede des Arbeitsministers Dr. Bruns eingeleitet: Zur Zeit seien rund 350 000 Schwerbeschädigte in Deutschland vorhanden, von denen 17 000 arbeitslos seien. Die Beschäftigung der Schwerbeschädigten habe zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht geführt. 22 000 freie Arbeitsstellen könnten nur deshalb nicht besetzt werden, weil die nötigen Wohnungen nicht zu beschaffen seien. Jedenfalls habe das Gesetz sich bewährt und seine allgemeinen Grundlagen seien deshalb auch in der Novelle nicht verlassen worden. (Die Novelle regelt endgültig die Mündigungsbeschränkungen für Schwerbeschädigte.)

Abg. Lindemann (Dnt.) beantragt Ausschussberatung und bedauert, daß die Organisationsfrage der Reichsbeschädigten nicht ausreichend gehört worden seien. Er fragt den Minister, wann die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz erscheinen werde.

Arbeitsminister Dr. Bruns erwidert, die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz werde dem Reichstag noch im Laufe dieses Monats zugehen. Der Ab- und Umbau der Versorgungsämter und des Postpersonals sollen nicht auf Kosten der Schwerbeschädigten erfolgen.

Die Novelle geht sodann an den sozialpolitischen Ausschuss.

Der Nachtragset für Wasserwerke, Luft- und Kraftfahrwesen wird bewilligt. — Beim Nachtragset für die Reichsbahn wird dem Reichstag noch im Laufe dieses Monats zugehen. Der Ab- und Umbau der Versorgungsämter und des Postpersonals sollen nicht auf Kosten der Schwerbeschädigten erfolgen.

Die Novelle geht sodann an den sozialpolitischen Ausschuss.

Der Nachtragset für Wasserwerke, Luft- und Kraftfahrwesen wird bewilligt. — Beim Nachtragset für die Reichsbahn wird dem Reichstag noch im Laufe dieses Monats zugehen. Der Ab- und Umbau der Versorgungsämter und des Postpersonals sollen nicht auf Kosten der Schwerbeschädigten erfolgen.

Morgen nachmittag 2 Uhr: Kleinere Vorlagen und Nachtragset. — Schluß 5 1/2 Uhr.

### Der Nachbar im Osten.

Die gegenwärtig in Dresden eingeleiteten Verhandlungen, durch die zwischen Deutschland und seinem neuen östlichen Nachbarn eine Möglichkeit wenigstens erträglichen Zusammenarbeitens geschaffen werden soll, und deren Fortschreiten bisher nicht gerade zu ermutigenden Hoffnungen berechtigt, legen es nahe, einmal in den Umständen auf die deutsch-polnischen Beziehungen und auf die Vagerung der innerpolitischen Verhältnisse, soweit sie für diese Beziehungen in Frage kommen, einzugehen. Polen ist nach Sinn und Absicht des Verfallers des Versailler Vertrags ein Nebenbrotzen. Der ein etwa wiedererwachendes Deutschland im Rücken bedrohen soll. Mit Vorbedacht sind die Grenzen Polens so weit in deutsche Lebensbelange hineingeschoben, daß Polens Daseinsmöglichkeit in der augenblicklichen Form auf Weibel und Verberd mit der Ausbreitung des Versailler Vertrags verflochten ist. Offensichtlicher noch als der französische Freund macht daher Polen darüber, daß dieser Unheilsvertrag in keiner Beziehung irgend wie angefaßt wird. Polen ist, darüber darf man sich keinem Irrtum hingeben, in seiner außenpolitischen Wesensart deutschfeindlich. Diese politische Einstellung äußert sich nun nicht etwa groß auf den Straßen, in den Cafés oder überhaupt im öffentlichen Leben des Alltags. Im persönlichen Umgang pflegen die Polen durchaus in den Formen gesellschaftlicher Höflichkeit sich zu bewegen. Das hindert aber nicht, daß schon der Verdacht einer dauerhaften Feindschaft eine schwere Belastung jeder im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeit darstellt. Deutschfeindlich sind eben mit französischfeindlich mit

friedensvertragsfeindlich und damit der Negation des polnischen Staates selbst gleichbedeutend empfunden.

Diese Tatsachen entsprechend sind auch die wichtigsten politischen Parteien ausgesprochen deutschfeindlich. Die Nationaldemokraten ebenso wie die polnische Bauernpartei. Nicht weltanschauliche Gemeinsamkeit einigt diese Parteien in ihren Mitgliedern sowie in ihrem gegenseitigen Verhältnis. Demokraten und Konserwativen sind in gleicher Weise in diesen sogenannten „Rechtsparteien“ vertreten. Wirtschaftlich stehen sich beide Parteien sogar feindselig gegenüber, da sie die Interessen einerseits des Großgrundbesitzes, andererseits der Bauernschaft vertreten. Das blühende Band ist, wie schon gesagt, ihre außenpolitische gleichgerichtete Einstellung. An dritter Stelle der Bedeutung nach steht der Rinderheutenblock. Auch dieses Gebilde ist ungeheuer zerstückelt, lediglich in Fragen des Rinderheutenrechtes, möglicherweise auch in Angelegenheiten, die als Druck in dieser Richtung benutzt werden sollen, ist ein Zusammengehen zu erwarten. Selbst innerhalb der Nationalitätengruppen sind parteipolitisch harte Abgrenzungen vorhanden. Die deutsche Partei beispielsweise umfaßt Vertreter, die auf deutsche Verhältnisse übertragen, von den deutschnationalen bis zu den Wehrheitssozialdemokraten schattiert sind. Besonders schwer war es, die Rinderheutengruppen über die Frage des Antisemitismus hinweg mit den jüdischen Gruppen zu vereinigen, deren Ausschluß Notwendigkeit für jede Betätigungsmöglichkeit darstellt. Welkrussen und Ukrainer waren in der Beziehung noch schwerer zu gewinnen als die Deutschen.

Als außenpolitisches Ziel erstrebt Polen in den Verhandlungen der Pariser Einreisungspolitik einen Zusammenschluß aller Slawen im Osten, von den baltischen Staaten bis nach Rumänien und Ungarn hinunter. Praktisch ist dieses Ziel kaum zu verwirklichen, da innerhalb der verschiedenen Staaten die Interessenlagen, die Einstellung im Verhältnis zu Polen einerseits, zu Russland andererseits zu verschiedenartig gelagert sind. Durch die Unklarheit der wirtschaftlichen Verhältnisse ist nun Polen aber, den Weichen der Vernunft gemäß, zu einem Zusammengehen mit seinem weltlichen Nachbarn gezwungen, gegen den es politisch überall im Kampfe steht. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen sind dementsprechend schwierig zu führen. Deutschland hat eben kein Interesse daran, Polen wirtschaftlich entgegenzukommen, solange dieser Staat in lebenswichtigen Fragen der Nation sich völlig unangenehm zeigt. Am 10. Januar läßt die Optionsfrist ab. Im Gegensatz zu den Bestimmungen über die übrigen von Deutschland losgerissenen Gebiete steht der Verfall der Vertrag in den ehemals preussischen Landesteilen keine Ausweitungsmöglichkeit der für Deutschland existierenden vor. Polen stellt sich auf einer entgegengekehrten Standpunkt. Damit schwebt ein Verhängnis über 140 000 deutschen Volksgeossen. Deutschland kann in diesen Dingen, deren rechtliche Seite klar liegt, einfach nicht nachgeben. Auch das Schicksal der deutschen Arbeiter ist immer noch nicht entschieden, obwohl der Völkerverbund hier ausnahmsweise einmal sich gegen die polnische Auffassung ausgesprochen hat. Tausende von Familien führen heute in Baracken, auf Bahnhöfen ein menschenunwürdiges Dasein. Polen verweigert ihnen ihr Recht, nachdem es sie von Haus und Hof vertrieben hat. In diesen Fragen muß und wird Deutschland grundsätzlich nicht mit sich reden lassen, wenn es vielmehr in der Form auch hier und da zu Zugeständnissen bereit sein wird. Es bleibt abzuwarten, ob hier die Vernunft oder die nationale Leidenschaft den Sieg davonträgt. Das Schicksal der polnischen Arbeiter, der Mißerfolg der Goldankleihe, die gesamte wirtschaftliche Lage des Landes verweisen Polen auf den Weg der Verhandlung. In Polen steht es, ob es sich auf die Dauer als Nachbar im Osten oder als zweiter Erbfeind Deutschlands einstellen will.

### Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Was die Bekanntschaft verhängt. Der Hauskutschschuß des Reichstags beriet gestern unter anderem den Nachtragset für das Reichsfinanzministerium. Abg. Strauß (Soz.) berichtete über die Tätigkeit der Reichsfinanzverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete. Er betonte, daß zurzeit mit Beschäftigungsfragen und -besörden 207 Orte besetzt seien, von denen nur 86 im Frieden besetzt waren. Vom Reich mußten für die Bekanntschaft in der Zeit vom Herbst 1920 bis Sommer 1922, also in einundzwanzig Jahren allein an Großmehl beschafft werden: 1470 Tausend, 2800 Herrenzimmer, 3000 Spielzimmer, 10 000 Schlafzimmer, 4800 Küchen, natürlich mit allem Möglichen Zubehör, 180 Club- und Vergnügungsbauwerke, 2000 Clubhäuser, 1800 Korb- und Korbwaren, 6000 Korbwaren, 2100 Posternubelarmaturen, 1400 Posternubel, 2000 Bettstellen für Erwachsene, 3500 Kinderbetten, 3000 Kleiderbügel, 3400 Waschkommoden, 3000 Schallplatten. Das alles seien, wohlbedenkt, nur Bekanntschaften eines beschränkten Zeitraumes, dabei sei also noch nicht gerechnet alles, was vor- und nachher vom Reich und den Städten beschafft werden mußte; nicht gerechnet sei ferner die große Anzahl von Möbeln in Schlössern und Privatwohnungen.

Die wirtschaftliche Not der Presse. Das Präsidium der Regierung der Weimarer Republik ist von der Notlage der Zeitungsbetriebe überzeugt zu haben, und sieht sich daher veranlaßt, zu seinem Teil mitzumachen, daß die Notlage der Zeitungsbetriebe nicht zur Kammerfalle führt. Es hat in dieser dankenswerten Absicht an die Vorstände der Bezirksämter und unmittelbaren Städte eine Entschließung gerichtet, und diese auch der Justiz-, Eisenbahn-, Post-, Finanz- und Postverwaltung zur Kenntnis gebracht, die sich mit der drückenden wirtschaftlichen Notlage der deutschen Zeitungen befaßt. In dieser Entschließung ist u. a. folgendes gesagt: „Wenn nun auch eine durchgreifende Hilfe nur von den in Aussicht genommenen Maßnahmen der Reichsregierung zu erwarten ist, so bleibt doch für die Regierung und die ihr unterstellten Behörden noch die Aufgabe, auch ihrerseits — soweit hierfür die Möglichkeit besteht — die polnischen Zeitungsverleger in ihrem wirtschaftlichen Kampfe zu unterstützen. Dies wird nach einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der Vereinigung der Verleger dadurch geschehen können, daß bei der Aufnahme von Inseraten keine unangebrachte Zurückhaltung beobachtet wird, und daß besonders auch die Zeitungsverleger mit Druckaufträgen in größerem Umfang als bisher beauftragt werden. Daß die Presse unter den heutigen Verhältnissen mit Ersuchen um kostenlose Aufnahmen von in den Angelegenheiten gehörenden Mitteilungen im redaktionellen Teile nicht mehr angegangen werden kann und darf, ist eine Selbstverständlichkeit, auf die schon bei früherer Gelegenheit hingewiesen wurde.“

Größere Einfuhr von Getreide. Nach einer Meldung des „Neuen Rheinischen Couriers“ ist in der vorigen Woche zwischen einem argentinischen Fleischhändler und einem deutschen Syndikat ein Lieferungsvertrag abgeschlossen worden, wodurch die Einfuhr von Getreide von Argentinien nach Deutschland gefördert werden soll. Das deutsche Syndikat verfügt über Verkaufslizenzen in ganz Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei. Die Getreideeinfuhr von Argentinien nach Deutschland sollen im Laufe des Monats Dezember ihren Anfang nehmen.

Debatte über die Beschäftigungsfrage. Am 2. Dezember hat auf Einladung des Reichsministers des Innern unter Beteiligung des Reichs- und Landesministers eine Debatte über die Beschäftigungsfrage stattgefunden. Die Vertreter der großen Gewerkschaften beantragten die

Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Neuordnung der Arbeitsbeschäftigung, während demgegenüber der Reichsfinanzminister unter Würdigung der Bedeutung der Arbeitsbeschäftigungsfrage die Schwierigkeiten darlegte, die die gegenwärtige Finanzlage des Reiches der Verwirklichung der vorgetragenen Wünsche entgegensteht. Von den Vertretern der Reichsregierung wurde eine baldige Entscheidung in Aussicht gestellt.

Das Attentat auf Garben. In der Straßsacke gegen Weichert und Grenz, die wegen Beteiligung an dem Attentat auf Garben angefaßt sind, ist laut „E. Z.“ der Termin zur zweiten Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin auf den 12. Dezember anberaumt worden. Der Haupttäter Unterkorn ist noch immer flüchtig.

Schwere Bedrohung der Volksgesundheit. In der alljährlich abzuhaltenden Besprechung der Regierungs- und Medizinräte der preussischen Regierung wurde vor allem darüber verhandelt, welche gesundheitlichen Maßnahmen die augenblickliche Ernährungslage erforderlich mache. Die Berichte und die Aussprache beurteilten dem Amtl. Verordnungsblatt zufolge die gesundheitliche Lage der Ernährungslage als außerordentlich ernst. Die durch die Teuerung bedingte Ernährungsbeschränkung trifft fast das ganze Volk. Dazu befindet sich ein nicht unerheblicher Volksteil, besonders die Rentner, Witwen usw. bereits in Hungersnot. Fälle von tatsächlich Verhungerten werden in der letzten Zeit aufgeführt. Außerdem werden auch jetzt wieder Fälle von Hungerkrankheiten im eigentlichen Sinne wie 1917 und 1918 beobachtet.

Ausländer und Wohnungsnot. Aus Berlin wird gemeldet: Die immer größer werdende Wohnungsnot zwingt dazu, zwei frei werdende Wohnräume in erster Linie nur noch für Inländer bereitzustellen. Der Minderjahr vom 21. Oktober 1921 ergab eine neue, diesen Verhältnissen Rechnung tragende Fassung. In Zukunft ist danach die Ausweisung eines Ausländers wegen Zimmermangelung gegen die bestehenden Wohnungsvorschriften auch dann zulässig, wenn er sich nach dem 1. Januar 1923 unbefugt in den Besitz nicht selbständiger Wohn- oder Geschäftsräume gesetzt hat.

Im dem Prosech des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen wegen des Palais am Wilhelmplatz in Berlin hat laut „Kreuzzeitung“ das Kammergericht die vom preussischen Finanzminister gegen das Urteil des Landgerichts I in Berlin eingelegte Berufung zurückgewiesen und dem Finanzminister die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Der Reichspräsident in Dessau. Reichspräsident Ebert trat gestern vormittag 11 Uhr zu dem bereits angekündigten zweitägigen Besuche der anhaltinischen Lande in Dessau ein. Der Reichspräsident wurde auf dem Bahnhof mit militärischen Ehren empfangen und von den Spitzen der Behörden begrüßt. Nach Vorstellung der Mitglieder des anhaltinischen Staatsministeriums besichtigte der Reichspräsident die philantropische Ausstellung und darauf ansehend die Tunderischen Flugzeug-Werksstätten unter Führung des Schwefers der berühmten Tunderischen Metallflugzeuge, Prof. Tunder.

Belgien.

Die Kamische Unversität. Bei Beratung des Gesetzesentwurfes über die Kamische Unversität (Schul Ministerpräsident Heunis) in der Kammer mit Rücksicht auf den verfassungsmäßigen Geist, der bei den Kammerberatungen zu Tage tritt, vor, alle Vor schläge der Sprachkommission zu überweisen, deren Bericht am 14. Dezember beraten werden soll. Der Vor schlag wurde mit 197 gegen 73 Stimmen angenommen.

Tschechoslowakei.

Die Industriekrise läßt nach. In der Generaldebatte über das Budget für das Jahr 1923 erklärte der Finanzminister Dr. Haicin, aus den Rissen in der Ausfuhrstatistik für August ist zu erkennen, daß die kritische Situation, die in der Industrie vorherrscht, sich zu bessern beginnt. Ein Blick in die Handelsbilanz zeigt, daß die Ausfuhr in der Zeit vom Januar bis September 1922 jener in dem Jahre 1921 fast gleichkommt. Die Einfuhr hingegen ist in derselben Zeit um 5 Millionen Kronen niedriger gewesen. Der Finanzminister ist der Ansicht, daß die Krise an ihrem Wendepunkt angelangt ist und nach Restjahr eine Milderung zu erwarten sein dürfte. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam der Finanzminister auch auf die Stabilisierung des Kronenwertes zu sprechen und erklärte, daß sehr viel davon abhängt, wie sich die Sachlage entwickelt. Heute bäre Deutschland nach und nach auf, in den Nachbarländern eine gefährliche Konkurrenz der tschechoslowakischen Industrie zu sein und Österreich müßte den Weg der tatsächlichen Beilegung der Inflation betreten. Dazu werde es auch in Ungarn kommen, sobald nach einiger Zeit in Mitteleuropa die Stabilisierung der Währungen einzelner Staaten ein treten werde. — Eine der hervorragenden Firmen der Slowakei die Aktien-Gesellschaft Philipp Proby hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Wäffeln der Gesellschaft betragen vier Millionen siebenhunderttausend tschechische Kronen.

Rußland.

Die Moskauer Abrüstungskonferenz. Die Moskauer Abrüstungskonferenz hat bisher keinerlei Ergebnis gehabt. In Konferenzkreisen herrscht ziemlich pessimistische Stimmung. Die russische Presse führt eine sehr scharfe Sprache.

Sina.

Tschingtau von einer Händerbande befreit. Nach einer Neuengorser Meldung aus Tschingtau befreite eine chinesische Händerbande den Hafen von Tschingtau, der am 5. Dezember an Sina zurückgegeben werden sollte. Die Bevölkerung flüchtet.

England.

Irlands Selbstverwaltung. Im Kronrat unterzeichnete der König eine Proklamation, die der Verfassung des irischen Freistaates Gesetzeskraft gibt und Dealy zum Generalgouverneur ernannt. Irland nimmt nunmehr die Stellung eines Dominions mit Selbstverwaltung ein.

Sport.

12. Im vergangenen Sonntag kamen die Spiele der 1. und 2. Vereinnamung nicht zum Austrag, da Gegner nicht antraten. Die 3. Mannschaft spielte in München gegen die Gleiche erfolgreich 3:0. Jugend-Ausschluß: Als Sieger feierte unsere 1. Knaben-Mannschaft von Dresden zurück. Gegen 1. Kn. der Dresdner Spielvereinigung, welche mit 3 Jugend-Leuten antraten, konnten die kleinen Meiser ein Resultat mit 4:3 herausbohlen. (Salbzit 2:1.)

## Jetzt ist es Zeit

das Publikum, welches bereits früher als andere Jahre seinen Weihnachtsbedarf deckt, auf seine Ware aufmerksam zu machen. Anzeigen im Meiser Tagesblatt führen sicher

## zum Erfolg!